Zeitschrift: Protar

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 24 (1958)

Heft: 7-8

Artikel: Der Bombenkrieg über Deutschland und seine Lehren für die künftige Zivilverteidigung

Autor: Hampe, E.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-363774

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Protar

Schweizerische Zeitschrift für Zivilschutz
Revue Suisse pour la protection des civils
Rivista svizzera per la protezione civile

Oblig. offizielles Organ der Schweizerischen Luftschutz-Offiziersgesellschaft — Organe officiel obligatoire de la Société suisse des officiers de Protection antiaérienne — Organo ufficiale obbligatorio della Società svizzera degli ufficiali di Protezione antiaerea

Redaktion: Dr. iur. Leo Schürmann, Froburgstrasse 30 (Handelshof) Olten, Telephon (062) 51550. / Druck, Administration und Annoncenregie: Buchdruckerei Vogt-Schild AG, Solothurn, Telephon (065) 2 64 61, unter Mitwirkung von Brunner-Annoncen, Zürich 3, Birmenstorferstrasse 83, Telephon (051) 33 99 22 / Jahres-Abonnementspreis: Schweiz Fr. 10.—, Ausland Fr. 15.—. Postcheck-Konto Va 4.

Juli/August 1958 | Erscheint alle 2 Monate | 24. Jahrgang **Nr. 7/8**

Inhalt — Sommaire

Nachdruck ist nur mit Genehmigung der Redaktion und des Verlages gestattet

Der Bombenkrieg über Deutschland und seine Lehren für die künftige Zivilverteidigung - *Zivilschutz:* Der freiwillige Einsatz für die Landesverteidigung. Die Zivilschutzmassnahmen in der Sowjetunion. Ausbau des Zivilschutzes in Dänemark. Die dritte Internationale Konferenz für Zivilverteidigung und ihre Ergebnisse. Der Aufbau des Zivilschutzes in Oesterreich. - *Fachdienste:* Neuartige Treibstoffe aus Laboratorien. Untersuchungsbericht über radioaktive Strahlungen. Gemeindepflichten bei militärischen Einquartierungen. - *SLOG.*

Der Bombenkrieg über Deutschland und seine Lehren für die künftige Zivilverteidigung

Von Generalmajor a. D. E. Hampe

Im Verlaufe des Winters 1957/58 hat Generalmajor a. D. E. Hampe, der frühere Präsident der Deutschen Bundesanstalt für zivilen Luftschutz, im Schosse verschiedener Offiziersgesellschaften der Schweiz einen Vortrag gehalten über die Erfahrungen des Bombenkrieges in Deutschland. Herr Hampe hatte im Kriege die oberste Leitung der gesamten Streitkräfte für den Schutz der Zivilbevölkerung inne. Sein Vortrag hat überall grosses Interesse gefunden. Das Manuskript wurde in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift vom Februar 1958 abgedruckt. Wir veröffentlichen hier eine leicht gekürzte Fassung dieser Publikation. *Red.*

I

Der Verlauf des Bombenkrieges über dem deutschen Reichsgebiet

Erste Phase: Kriegsbeginn bis Ende 1941

Als das Deutsche Reich in den Zweiten Weltkrieg eintrat, besass es eine überstürzt aufgestellte Wehrmacht, bei der die deutsche Luftwaffe das jüngste Glied war; eine Kriegswirtschaft, die für eine kurze Kriegsdauer ausreichend schien; einen nach dem damaligen Stand wohlorganisierten zivilen Luftschutz.

Die Blitzkriege gegen Polen und Frankreich in den Jahren 1939 und 1940 erweckten bei den damaligen deutschen Machthabern die Hoffnung, dass der Krieg bald beendet sei. Die Unternehmung gegen Grossbritannien wurde nur zögernd eingeleitet. Voraussetzung dafür war die Erringung der Luftüberlegenheit im Luftraum über Grossbritannien. Die in dieser Richtung unternommenen Versuche schlugen fehl. Das Rad der Geschichte begann sich zurückzudrehen. Die Bedeutung dieses Misserfolges lag darin, dass seitdem die deutsche Luftwaffe den westlichen Alliierten gegenüber aus der Offensive in die Defensive gedrängt war. Damit musste sich auch der Charakter der Luftkriegführung gegen das deutsche Heimatgebiet ändern.

Bis dahin hatte sich die Luftkriegstätigkeit beiderseits auf Einzelangriffe gegen kriegswichtige Ziele beschränkt. Der Angriff wurde meist nachts in einzelnen Wellen geflogen, als Angriffsmittel wurden Brisanzbomben leichten und mittleren Kalibers verwendet. Die von diesen Angriffen mitbetroffene Bevölkerung hatte verhältnismässig geringe Verluste. In dieser Zeit werden monatlich etwa 200 Luftkriegstote und ein Schaden von etwa 120 total zerstörten Wohngebäuden gezählt.

Zweite Phase: Anfang 1942 bis Mitte 1944

Die englische Luftwaffe hat in der Zwischenzeit aufgeholt und geht nun ihrerseits zu grossangelegten Luftangriffen über. Das soll sich zum erstenmal deutlich bei einem nächtlichen Massenangriff auf Köln in der Nacht vom 30. auf 31. Mai 1942 erweisen. An diesem Angriff waren 1130 Bomber beteiligt, die innerhalb 90 Minuten eine Bombenlast von 1500 t abwarfen. Die Folgen waren trotz aller getroffenen Schutzmassnahmen verheerend. Nicht nur die Zahl der Luftkriegstoten wuchs sprunghaft, sondern es entstanden etwa 12 000 Einzelbrände, die sich zu 1700 Grossbränden auswuchsen, deren sachgemässe Bekämpfung nicht mehr möglich war. Hier hatte sich eine einschneidende Wendung in der Luftkriegführung vollzogen.

Diese war in erster Linie auf folgende Umstände zurückzuführen. Einmal war die Taktik geändert worden. Statt Angriff in Wellen auf Einzelziele war jetzt der massierte Angriff auf Flächenziele getreten. Zum anderen waren die Angriffsmittel um hochwirksame Brandbomben erweitert worden, die infolge ihres geringen Gewichtes in Massen abgeworfen werden konnten. Es brauchte nur ein geringer Prozentsatz davon zu zünden, so wurden Tausende von Bränden in Gang gebracht. Da diese Luftangriffe eine Zeit dauerten, in der nichts Durchgreifendes zur Bekämpfung geschehen konnte, wuchsen die Einzelbrände sich zu Gross- und Flächenbränden aus, die nicht mehr erfolgreich bekämpft werden konnten. Der Gegner hatte sich die dynamische Macht des Feuers zunutze gemacht.

Weitere schwere Luftangriffe auf Großstädte in Nordwestdeutschland folgten. Von britischer Seite werden etwa 1000 Luftangriffe in diesem Jahre angegeben. Die monatlichen Personenverluste erhöhten sich auf etwa 700 Luftkriegstote und 2000 Totalzerstörungen von Gebäuden.

Im Herbst des Jahres flaute die Angriffstätigkeit ab. Das war einmal eine Folge verstärkter deutscher Luftabwehr, zum anderen einer Atempause der gegnerischen Luftwaffe, die sich durch Auswertung der Erfahrungen weiter auszubauen suchte.

Das Jahr 1943 bringt eine in dieser Wucht bisher unvorstellbare Welle von Luftangriffen. Bisher war die amerikanische Luftwaffe noch nicht in Erscheinung getreten, jetzt wechseln sich englische und amerikanische Angriffe ab. Die Angriffe werden nun unter dem Schutze neuer Langstreckenjäger durchgeführt. Das Radargerät ermöglicht ihnen, bei Nacht und jeder Wetterlage die Ziele zu finden. Der Massenabwurf von Stanniolstreifen schaltet die Feuerleitgeräte der Flakartillerie aus. Pfadfinderflugzeuge fliegen voraus und stecken durch Leuchtzeichen, von der Bevölkerung in bitterer Ironie «Christbäume» genannt, die Angriffsflächen ab. Neben Stab-Brandbomben sind jetzt Flüssigkeitsbrandbomben getreten, bestehend aus einem Gemisch von Oel, flüssigem Asphalt und Magnesiumstaub, das zunächst nicht löschbar ist.

Der Gegner hat beschlossen, alle Kräfte anzusetzen, um den Widerstandswillen der Bevölkerung zu brechen. Dieses Ziel wird offen vom Gegner angegeben. Im Verlaufe dieser Aktion werden fast 90 deutsche Gross- und Mittelstädte in Ruinenfelder verwandelt.

Diese Angriffe treffen zuerst die Städte des Ruhrgebietes. Hier ist der verlustreichste Angriff der am Jahrestag des Angriffes gegen Köln geführte Schlag gegen die Stadt Wuppertal. Die an den Hängen der Wupper breit gelagerte Stadt brannte fast völlig aus. Die Zerstörung der Eder- und der Möhnetalsperre mit ihren verheerenden Wirkungen durch die ausströmende Flutwelle auf weite Gebiete brachte neue Probleme, insbesondere für eine rechtzeitige Warnung und Sicherstellung der Bewohner dieser Gebiete. Dann kam im Sommer der alle bisherige Angriffe übersteigende Schlag gegen Hamburg vom 23. bis 29. Juli, der in einer Reihe sich ständig folgender Angriffe durchgeführt wurde. Die Verluste und Schäden erreichen eine bisher unbekannte Höhe. Die Luftkriegstoten werden mit 40 000 angegeben, die Totalschäden auf 40 Prozent der Baulichkeiten berechnet. Im November soll das «Herz des deutschen Reiches», die Reichshauptstadt Berlin, wie der englische Wehrmachtsbericht verkündet, zum Stillstand gebracht werden. Ein Grossangriff folgt dem anderen. Monatelang wird fast jede Nacht auf Berlin getrommelt. Erst im März 1944 ebben die Angriffe gegen Berlin etwas ab.

Aber — die Grossangriffswelle 1943 auf 1944 hat das angekündigte Ziel nie erreicht. Der Widerstandswille der Bevölkerung ist nicht gebrochen, er hat sich eher versteift. Trotz aller Verluste und Schäden geht das Leben in den Ruinenstädten weiter. Es gelingt immer wieder, die wichtigsten Lebensgrundlagen wie Wasser- und Stromversorgung zu sichern und den Verkehr aufrechtzuerhalten.

Hatte der Gegner geglaubt, damit zugleich die deutsche Kriegsproduktion entscheidend zu treffen, so hatte er sich darin ebenfalls getäuscht. Die Kriegsproduktion stieg trotz alledem stetig bis zum Sommer 1944 an und hatte damit trotz des immer schärfer werdenden Luftkrieges das Fünffache ihres Standes von 1941 erreicht. Freilich war sie jetzt an den Rand ihrer Reserven angelangt. An Verlusten und Sachschäden verzeichnete dieser Zeitabschnitt monatlich etwa 5500 Luftkriegstote und 9500 total zerstörte Baulichkeiten.

Dritte Phase: Mitte 1944 bis Kriegsende

Der Angriff wird jetzt schwerpunktmässig gegen die Verkehrsanlagen und die Stätten der Betriebsstoffgewinnung geführt. Wenn diese Ziele auch im Vordergrund stehen, so ist die Luftüberlegenheit des Gegners und seine zahlenmässige Uebermacht bereits so gross, dass er daneben auch seine Angriffe gegen die Bevölkerungszentren weiter fortsetzen, teilweise sogar steigern kann. In diese letzte Phase fallen die verlustreichsten Angriffe gegen die Zivilbevölkerung, so die Angriffe gegen Dresden, Heilbronn, Pforzheim. Die Verlustzahl in Dresden wird nie festgestellt werden können, da sich zur Zeit der kurz hintereinander folgenden Angriffe grosse Flüchtlingsmassen aus dem Osten in Dresden zusammengeballt hatten. Der Mindestansatz nennt 60 000 Tote. In Heilbronn starb etwa jeder zehnte Bewohner, in Pforzheim jeder fünfte. In diesem Abschnitt sind nach einer Berechnung von Oberregierungsrat Sperling vom Bundesamt für Statistik für jeden Monat 13 500 Luftkriegstote und 25 000 Totalschäden an Baulichkeiten anzunehmen.

Die entscheidende Wende, die zum völligen inneren Zusammenbruch führte, wurde aber nicht durch die Angriffe auf die Zivilbevölkerung herbeigeführt, sondern durch die vollständige Lähmung jeder Transportmöglichkeit. Der Kreislaufstörung folgte der Kollaps. Die pausenlos gegen die Erzeugungsstätten von Betriebsstoff geführten Angriffe erreichten einen rapiden Abfall der Betriebsstofferzeugung. Die Zer-

störung der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte, Verschiebeanlagen und Kunstbauten führten immer mehr zu einer gewaltigen Verkehrsstauung. Dazu trat der Verlust der besetzten Gebiete in Ost und West und sodann auch eigener wichtiger Gebiete wie Oberschlesien und Saargebiet. Deutsche Gegenmassnahmen liefen zwar immer wieder an. Aber als es dem Gegner gelingt, in kurzen Zeitabständen immer wieder die gleichen empfindlichen Objekte mit seinem Bombenhagel zu treffen, werden die Instandsetzungsversuche nicht mehr wirksam. Auch der letzte Versuch, sieben grosse synthetische Treibstoffwerke unterirdisch zu verlagern, kommt zwar zum Anlaufen, aber wirkt sich nicht mehr aus. Die Betriebsstoffproduktion deckt nur noch 5 Prozent des Bedarfs, bei der Reichsbahn ist nur noch ein Fünftel des Wagenbestandes vorhanden. Die Verkehrskrise ist da und reisst die Gesamtwirtschaft ins Chaos.

Das zahlenmässige Gesamtergebnis der Wirkungen des Bombenkrieges über deutschem Heimatgebiet ist dies:

410 000 Luftkriegstote der Zivilbevölkerung,
650 000 völlig zerstörte Wohngebäude mit über 4 Millionen zerstörten Wohnungen,
13,5 Millionen Obdachlose,
100 Milliarden RM Schaden oder etwa 20 Prozent des Volksvermögens von 1939.

II.
Leistungen und Grenzen des deutschen zivilen Luftschutzes

Aufbau des damaligen deutschen zivilen Luftschutzes

Der zivile Luftschutz wurde als ein Teil der Gesamtverteidigung, und zwar als ein Bestandteil der Luftverteidigung aufgestellt. Die oberste Führung lag in der Hand des Oberbefehlshabers der Luftwaffe, unter dem eine besondere Inspektion mit der Durchführung beauftragt war. Der Befehlsweg ging von dort zu den Luftgaukommandos und sprang von hier, da die weitere Durchführung in der Hand der zivilen Behörden lag, zu den Befehlshabern der Ordnungspolizei über. In den Luftschutzorten selbst trug der örtliche Polizeiverwalter, also der Polizeipräsident, die gesamte Verantwortung. Die örtliche Untergliederung des zivilen Luftschutzes entsprach dem der Polizei.

Die unterste Grundlage des zivilen Luftschutzes bildete die Selbsthilfe der Bevölkerung. Sie unterteilte sich in den Hausluftschutz, den erweiterten Selbstschutz, der Warenhäuser, Schulen, Krankenhäuser usw. umfasste, den Werkluftschutz, in dem die Industriebetriebe zusammengefasst waren, und den Luftschutz der besonders grossen Reichsverwaltungen, wie Bahn, Post, Wasserstrassen, Autobahnen.

Die nächste Stufe war der öffentliche Luftschutz, der von den Behörden aufzustellen war. Als öffentliche Luftschutzhilfe wurde in allen Luftschutzorten ein Sicherheits- und Hilfsdienst organisiert, der sich aus Einheiten für den Feuerlöschdienst, den Instandsetzungsdienst, Sanitäts- und Veterinärdienst sowie Gasabwehrdienst zusammensetzte. Zum öffentlichen Luftschutz rechneten die Befehlsstellen, Rettungsstellen, Hilfskrankenhäuser. Auch der Bau öffentlicher Luftschutzräume gehörte hierzu. Ebenfalls war die Einrichtung des Warn- und Alarmdienstes Aufgabe des öffentlichen Luftschutzes.

Schliesslich standen den Luftgaukommandos, unmittelbar unterstellt, militärische Luftschutzabteilungen (motorisiert) sowie Nebelabteilungen und Einheiten für Tarnung und Scheinanlagen zur Verfügung.

Damit schien organisatorisch gesehen ein Höchstmass an planmässigen Vorbereitungen getroffen.

Die Bewährung in den drei Phasen

Die erste Phase bis 1942 brachte, wie dargestellt, nur Einzelangriffe, die lediglich lokale Schäden hervorriefen. Hierbei hat sich die geschilderte Organisation voll bewährt. Sie war ja nach dem Feuerwehrprinzip aufgebaut, hatte bei Eintritt eines Schadens schnell und sachgemäss einzugreifen und somit jeder Ausweitung zu einer Katastrophe vorzubeugen. Eine gewisse Einzellehre zeigte sich freilich damals schon, die darin bestand, dass die sehr behelfsmässig hergerichteten Schutzräume in den Häusern keinen Schutz boten. Die Zahl der Menschenverluste war doppelt so gross wie die der zerstörten Häuser, ein Verhältnis, das sich später umkehren sollte.

Diese Feststellung und der Misserfolg der Schlacht über England bewirkten, dass nun auf den besseren technischen Schutz der Bevölkerung grösserer Wert gelegt wurde als zuvor. Rückschauend darf man sagen, dass ein gnädiges Geschick dem deutschen Volk zweieinhalb Jahre Zeit liess, dieses Versäumnis einigermassen noch wettzumachen. Es entstand das Bunkerbauprogramm, das im Laufe der Zeit etwa 8 Millionen Menschen in den Großstädten vollgültigen Schutz gewähren sollte und gewährt hat. Wäre der Luftkrieg über die deutsche Bevölkerung in dem Masse gleich zu Beginn hereingebrochen wie im Jahre 1942 und 1943, so hätten die personellen Verluste ein Vielfaches der tatsächlichen erreicht. Es bedeutet dies eine eindringliche Warnung: Im Luftschutz kommt erst der Schutz und dann die Hilfe! Die bestorganisierte Hilfe nützt wenig, wenn nicht zuvor der Schutz und damit das Ueberleben des grössten Teiles der Bevölkerung in bestmöglicher Weise gesichert ist.

Trotzdem brachte die zweite Phase des Bombenkrieges über Deutschland böse Ueberraschungen. In dieser Phase wurde die ursprüngliche Konzeption, nach der die öffentliche Hilfe organisiert war, über den Haufen geworfen. Wie schon angedeutet, war die öffentliche Hilfe so aufgebaut, dass sie durch schnelles Eingreifen die begrenzten Schäden lokalisieren konnte. Infolge der nun üblichen Flächenangriffe trat aber das, was durch dieses Eingreifen verhindert werden sollte, bereits ein. Die Katastrophe war durch das Ausmass der eingetretenen Schäden da. Jetzt blieb dem Sicherheits- und Hilfsdienst, soweit er mit sei-

nen Unterkünften und Befehlsstellen nicht selbst in den Strudel der Katastrophe hineingerissen war, mehr oder minder nur übrig, am Rande des Katastrophengebietes zu helfen und der weiteren Ausbreitung der Brände entgegenzutreten, sofern dies möglich war. Damals zeigte sich auch dies: Hat ein Brand erst einmal eine gewisse Flächenausdehnung erreicht, ist er auch mit den stärksten Feuerwehrkräften nicht mehr zu bewältigen.

Das waren sehr bittere Erfahrungen. Sie führten dazu, die Organisation der öffentlichen Hilfe, also insbesondere den behördlichen Sicherheits- und Hilfsdienst mit seinen Unterkünften und Befehlsstellen, an die Peripherie der Städte zu verlagern. Dass diese Verlagerung grösste Schwierigkeiten mit sich brachte, allein schon wegen der nun einmal bestehenden festen Fernmeldeeinrichtungen und Feuerwachen, braucht kaum erwähnt zu werden. Die Umlagerung ist bis Ende des Krieges auch nicht voll durchzuführen gewesen. Eine um so grössere Verantwortung fiel damit der eigentlichen Selbsthilfe zu, denn sie musste im Katastrophengebiet als erste Linie wirken und konnte allein durch schnelles Bekämpfen der Einzelbrände verhindern, dass sich die gefährlichen Flächenbrände entwickelten. Aber auch beim Hausluftschutz zeigte es sich, dass doch nur ein Teil der Hausbewohner den Anforderungen gewachsen war, die jetzt an die Selbsthilfe gestellt wurden. Immer mehr zogen die meisten Hausbewohner es vor, in die Bunker zu gehen und damit ihr Leben statt ihre Habe zu retten. Es kristallisierten sich dafür die wagemutigeren Teile der Bewohner heraus, die sich gewissermassen zu Stosstrupps zusammenschlossen und die nun in einem gewissen Umkreis die Feuerwacht für die Häuser übernahmen. Diese Trupps haben Vorbildliches geleistet.

Aber je stärker die Angriffe wurden, um so weniger reichten die örtlichen Kräfte aus. Nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel wurde es jetzt, dass *der überörtliche Einsatz* von benachbarten Städten aus oder mit eigens dafür gebildeten Reserven die eigentliche Bekämpfung übernahm. Sobald das Ziel des Angriffs erkannt worden war, setzten sich noch während des Angriffs strahlenförmig die Einsatzkräfte von ausserhalb in Marsch, um rechtzeitig zur Hilfeleistung eintreffen zu könen. Denn auch diese Erfahrung, wie sie bei jeder Katastrophe festzustellen ist, bestätigte sich: Kommt eine Hilfe zu spät, dann bleibt sie wirkungslos. Insbesondere ist das für das Eingreifen der Feuerwehr der Fall. In mindestens ¾ Stunde waren die Flächenbrände entwickelt. Auch die von der Polizei jetzt aufgestellten Feuerlöschregimenter, die im Einzelfall zum Schutz wichtiger Objekte Hervorragendes geleistet haben, konnten nicht überall rechtzeitig sein. Nach gewisser Zeit wurde auch ihr Einsatz machtlos.

Eine der wichtigsten Aufgaben wurde jetzt *die schnelle Herausführung der Bewohner* aus Stadtteilen, die dem Flächenbrand preisgegeben schienen. Gelang es nicht, diese rechtzeitig durchzuführen, so war keine Rettung mehr möglich. Wenn auch viele Einzelaktionen blieben, immer mehr verlagerte sich der Schwerpunkt auf diese rechtzeitige Herausholung der bedrohten Menschen und ihre nunmehr notwendige Versorgung. Gerade in der sofortigen Betreuung dieser Obdachlosen, ihrer Verpflegung, Bekleidung und Unterbringung, ergab sich eine ungeahnte Riesenaufgabe, deren Lösung aber entscheidend dazu beitrug, dass die Bevölkerung nicht der Panik anheimfiel. Es darf bemerkt werden, dass diese Aufgabe durch die Volkswohlfahrt und die Frauenverbände in vorbildlicher Weise gelöst worden ist.

Im weiteren Verlauf erwies es sich als notwendig, diese Hilfsaktionen, die Maßstäbe grössten Umfanges annahmen, *von zentraler Stelle* und mit grösster Verfügungsgewalt zu regeln. Zu diesem Zweck wurde ein interministerieller Luftkriegs-Schadenausschuss gebildet, der in Permanenz tagte und dem bevollmächtigte Vertreter der Wehrmacht und aller obersten Reichsbehörden angehörten. Von diesem ergingen dann sofort die erforderlichen Weisungen zur Unterstützung und die Entsendung eigener Hilfsreserven. So verfügte dieser Ausschuss über zehn gutausgestattete motorisierte Hilfszüge, von denen zum Beispiel jeder zehn fahrbare Küchen und zwanzig bis dreissig Lastkraftwagen mit Kleidung und Waren des täglichen Bedarfs mit sich führte.

Nach der Rettung und ersten Versorgung folgten nun aber nicht weniger wichtige Stadien. Das waren die *Aufräumung* und die *Instandsetzung* der wichtigsten Lebensgrundlagen. Denn das Leben und die Arbeit mussten weitergehen, wie auch der Krieg weiterging.

Anstelle detaillierter Schilderung der hierzu nötigen Einzelangaben sei an einem einzelnen persönlichen Erlebnis der ganze Vorgang in seinem Ablauf geschildert:

Es war der 23. November 1943. Meine Doppeleigenschaft als Abteilungschef im Oberkommando des Heeres und als General der Technischen Truppen für die Front im Hauptquartier liess mich den Abend dieses Tages in Berlin zubringen. Den bisherigen Luftangriffen auf Berlin hatte ich wenig Beachtung geschenkt. Auch an diesem Abend hatte ich in meiner Wohnung in einem südlichen Vorort dem Luftangriff auf den Westen Berlins keine besondere Bedeutung beigemessen. Da aber der Himmel danach glutrot erleuchtet war, rief ich meinen Fahrer an, damit er mich zu einer Inspektion der Luftkriegsschäden in das Stadtinnere fahren sollte. Die Entfernung von der Garage bis zu meiner Wohnung betrug etwa zehn Kilometer. Ich wartete eine Stunde, ich wartete eine weitere. Nach zweieinhalb Stunden erschien mein Fahrer in einer völlig verzweifelten Verfassung. Als ich ihn zurechtweisen wollte, erklärte er nur: Was er gesehen und erlebt hätte in diesen zwei Stunden überschritte alle Vorstellungen. Ueberall brenne es, alle Strassen seien blockiert, er habe den ganzen Grunewald umfahren müssen. Statt von Norden, sei er nun ganz von Süden gekommen. Daher die Verspätung. In die Stadt könne man nicht mehr hinein.

Wir sind dann doch hineingefahren, Schritt um Schritt durch undurchsichtigen Rauch und Dunst,

brennende Strassenzüge meidend, Strassentrichter abtastend, über unzählige Feuerwehrschläuche hinweg, auf zehn Kilometer durch Glassplitter drei Reifen durchschnitten, landete ich schliesslich im Morgengrauen bei meinem Amtsgebäude, dessen Dachgeschoss brannte. Der Brand wurde von meiner Wache bekämpft. Ich beorderte sofort eine Feuerlöschspritze einer meiner in Berlin liegenden Ersatzeinheiten. Dann besuchte ich den Bendlerblock, in dem das ganze OKH untergebracht war. Mit Ausnahme der durch massiven Betonbau geschützten Fernsprechzentrale wies er schwerste Brandschäden auf. Dabei traf ich auf den Befehlshaber des Ersatzheeres, der seine niedergebrannte Befehlsstelle besichtigte. Ein kurzer Wortwechsel. Dann übertrug er mir die Vollmacht für militärische Mitwirkung bei der Wiederinstandsetzung von Berlin in Verbindung mit dem Wehrkreiskommando.

Noch am Vormittag rückten 50 000 Mann der um Berlin liegenden Ersatztruppen nach Berlin ein und begannen aufzuräumen. Denn zunächst musste einmal Ordnung geschaffen werden. Dann liess ich die Direktoren der Berliner Verkehrsbetriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zusammenrufen, denn es gab keinen Strom, kein Wasser, keinen Verkehr mehr. Ich fragte sie, wie sie mit dem Notstand fertig werden würden. Sie meinten, das in einigen Wochen zu schaffen. Ich fragte sie, was bis dahin aus der Bevölkerung würde. Morgen müsse das Wasser, Strom und der Verkehr wieder laufen. Das ginge nur, wenn ein gemeinsamer Notplan, auf das Wichtigste beschränkt, aufgestellt würde, zu dessen Durchführung ich ihnen meine aus technischen Fachleuten bestehenden nächstgelegenen Ersatztruppen zur Verfügung stellen würde. Nach einigem Widerstreben kam dann der Notplan zustande. Er wurde pünktlich erfüllt. Berlin hatte wieder am nächsten Tag seinen Notverkehr und seine Notversorgung an Wasser und Strom.

Es sind also drei Phasen zu unterscheiden, und deshalb führe ich dieses Beispiel an, das sich späterhin an jedem zweiten Tage bis März 1944 wiederholte. Zunächst Erste Hilfe durch den eigentlichen Luftschutz, dann Aufräumung durch grosses Arbeitsaufgebot, dabei bereits beginnende Notstandsplanung und zügige Durchführung unter Mithilfe von Reserve-Fachkräften.

So wurde Berlin lebensfähig gehalten. Das Herz Deutschlands, das nach Angaben des englischen Luftmarschalls schon im November 1943 zu schlagen aufhören sollte, schlug bis zur Einnahme 1945.

Es bleibe hier erspart, ein Bild der später erfolgenden Zerstörung Dresdens zu geben, das noch viel schrecklicher sein würde. Dieser Angriff liegt nun schon in der dritten Phase. Und in dieser war der zivile Luftschutz bereits überfordert, nachdem er in der zweiten Runde, wie dargestellt, an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gedrängt worden war. Auch weiterhin bemühte er sich im verzweifelten Kampf gegen die Katastrophengewalten, das Leben der Bevölkerung, so gut es ging, zu schützen. Die motorisierten Luftschutzabteilungen der Luftwaffe als Träger des überörtlichen Einsatzes wurden bis auf 43 Abteilungen vermehrt, Wehrmachtshilfskommandos wurden laufend zu ihrer Unterstützung herangezogen, die Flakbedienung war von 400 000 auf 900 000 Köpfe angestiegen, aber die Entscheidung in dem Ringen um die Aufrechterhaltung des Heimatkriegsgebietes als Operationsbasis hatte sich auf andere Schwerpunkte verlagert. Um die Reichsbahn und die Betriebsstoffproduktion aufrechtzuerhalten, bedurfte es der fieberhaften Tätigkeit von Arbeitskolonnen und Wehrmachtseinheiten, insbesondere technischer Art, denn die Leistungsfähigkeit der Bahn wie der Betriebe war so erschöpft, dass sie aus eigener Kraft allein die Zerstörungen nicht mehr wettmachen konnten. Ich habe noch in jenen Monaten meine technischen Truppen, die das militärische Rückgrat dieser Wiederinstandsetzung darstellten, um das Doppelte vermehrt. Eine Zeitlang schien es, als ob auch diese Krise noch einmal überwunden werden könne, falls die Luftherrschaft über Deutschland gebrochen oder wenigstens gemindert werden würde. Als die ersten Turbojäger bereitstanden, um mit Aussicht auf Erfolg die Luftherrschaft streitig zu machen, fehlte es an ausgebildeten Piloten und an Betriebsstoff zur Ausbildung und zum Luftkampf. Nun folgten die Zerstörungen Schlag auf Schlag, ohne dass noch die Wiederherstellung zum Zuge kam. Die Eisenbahnknotenpunkte waren verstopft, auf den Gleisen blieben die Züge stehen und brannten aus, die Wasserwege waren durch die Brückentrümmer unbrauchbar, Benzin war nicht mehr vorhanden. So konnte die Kohle nicht mehr abgefahren werden, Lebensmittel nicht mehr transportiert, die Kraft- und Gaswerke lagen wegen Kohlenmangels still, die Bäckereien konnten kein Brot mehr backen. Zum militärischen Zusammenbruch trat das wirtschaftliche Chaos.

Die Bilanz aus den Erfahrungen

Es bleibt nun die Bilanz aus diesen Erfahrungen zu ziehen. Beginnen wir bei der *Führung des Luftschutzes*. Diese litt an den unklaren Befehls- und Unterstellungsverhältnissen. So richtig es schien, den zivilen Luftschutz als ein Glied der Landesverteidigung anzusehen, so war die getroffene Lösung nicht frei von Ueberschneidungen zwischen militärischen und zivilen Instanzen, wozu im Laufe der Zeit auch noch Eingriffe der nationalsozialistischen Partei traten. Zum Schlusse wurde versucht, diesen Zwiespältigkeiten dadurch abzuhelfen, dass nur ein kleiner oberster militärischer Führungsstab blieb und die gesamte Durchführung den zivilen Stellen überlassen blieb.

Die *Führungsmittel* waren unzureichend: Schon die örtliche Lage der Führungsstellen in der Stadt selbst war ein Fehler, weil dadurch die Führung selbst gleich zu Anfang ausgeschaltet, zum mindestens blockiert wurde. Sie gehören aus dem Stadtgebiet weit genug abgesetzt. Der Fernsprechbetrieb, auf den die Meldungen und Befehle abgestützt werden sollten, fiel örtlich meist aus. Die Beobachtungsstellen auf Türmen lieferten zwar wertvolle erste Meldungen, wurden aber

in ihrer Sicht und in ihren Verbindungen im Laufe des Angriffs behindert. Als Führungsmittel in einem solchen Katastrophengebiet bleiben nur UKW-Gerät und Hubschrauber. Nur mittels letzterer ist ein klares Lagebild zu bekommen, auf Grund dessen die Führung ihre Entschlüsse fassen kann, die sie dann mittels Funk zur Ausführung weitergibt. Auch für die weitere Führung der Bekämpfung leistet der Hubschrauber beste Dienste.

Zur *Selbsthilfe* ist zu sagen: Die Selbstschutztrupps, die sich aus dem allgemeinen Hausluftschutz entwickelten, müssen als erste und wichtigste Linie gut ausgesucht und möglichst mit kleinem fahrbarem Feuerlöschgerät, Arbeitsgerät für Bergung und Material für Erste Hilfe ausgestattet werden. Besondere Beobachtung ist den grossen Baulichkeiten, wie Warenhäusern, Museen, Theatern, zu widmen, da sie meist mit zu wenig Selbstschutzkräften besetzt zu Keimzellen für Grossbrände werden.

Ausgezeichnet hat sich der *Werkluftschutz* bewährt, und zwar was den Schutz der Belegschaften wie auch die Möglichkeit der Fortführung der Produktion betraf. In beiden Hinsichten war rechtzeitig durch bauliche Massnahmen vorgesorgt worden. Die Fortführung der Produktion wurde ausserdem durch territoriale Zerstreuung der Betriebsvorgänge und Verlagerung der Schlüsselproduktion in absolut geschützte Räume, wie Bergwerke oder Tunnels, gesichert.

Die öffentliche Hilfe durch die Einheiten des Sicherheits- und Hilfsdienstes erwies sich anfangs als ausreichend, verlor aber später ihre Basis. Ein wirksames Eingreifen war nicht mehr von innen, sondern nur noch von aussen her möglich. Die überörtliche Hilfe wurde unentbehrlich. Sie musste schon bei den ersten Anzeichen des Angriffs von den Nachbarstädten her in Gang gesetzt werden, damit sie für ein wirksames Eingreifen nicht zu spät kam. Von den einzelnen Facheinheiten dieses Luftschutzdienstes ist zu sagen: Feuerwehrkräfte werden immer unzureichend bleiben. Statt Zersplitterung werden sie sich auf Abriegelung gefährlicher Grossbrände und auf Verhütung sekundärer Grossgefahrenherde beschränken müssen. Die Kräfte des ersten Einsatzes sind bei den übermenschlichen Anstrengungen schnell erschöpft, so dass immer Ablösungen bereit gehalten werden müssen. Löschwasserversorgung bleibt ein schwieriges Problem, da die zentrale Wasserversorgung meist unterbrochen sein wird. Die Vorsorge für Löschteiche und die Ausrüstung mit Wassertankwagen wird damit unerlässlich.

Ebenso ist die Wasserversorgung für die Bevölkerung ein kritischer Punkt. Bis zur Instandsetzung normaler Versorgung müssen Wasserkolonnen von auswärts aushelfen. Infolge der Wasserrohrbrüche ist bei einsetzender zentraler Wasserversorgung das Wasser noch nicht einwandfrei und sollte durch Wasserreinigungsgeräte keimfrei gemacht werden.

Der Bergungs- und Instandsetzungsdienst litt Mangel an Grossräumgeräten wie Greifern und Baggern. Statt durch den Trümmerkegel sich zu den Verschütteten durchzuarbeiten, zeigten sich vielfach Mauerdurchbrüche von benachbarten Kellern erfolgreicher. Langwierige Instandsetzungen waren nicht Aufgabe des Instandsetzungsdienstes, da er schnell wieder einsatzbereit sein musste.

Der Sanitätsdienst hat für die Erste Hilfe genügt. Die Verletzten wurden zu den Rettungsstellen gebracht und von dort nach erster Behandlung weiter in Krankenhäuser oder Hilfskrankenhäuser der Umgegend transportiert. Dabei zeigte sich Mangel an geeigneten Transportmitteln.

Betreuungsdienst und Obdachlosenfürsorge arbeiteten gut. Schon bei Beginn des Luftangriffes auf eine Stadt begannen die benachbarten Städte Vorbereitungen für die Heranführung von Verpflegung — oft viele Tausende warmer Portionen und Hunderttausende von Butterbroten — und die Zurichtung von Notunterkünften zu treffen. Stationäre Grossküchen bewährten sich dabei weniger als fahrbare Kochhilfszüge.

Eine systematische Evakuierung in grossem Umfange wurde nicht vorgenommen. Sie beschränkte sich zunächst auf Schulklassen, denen sich später freiwillig weitere Bevölkerungsteile anschlossen. Weniger luftgefährdete Gaue übernahmen die Patenschaft für schwer angegriffene.

Das A und O des Bevölkerungsschutzes aber blieben genügende und sichere Schutzräume. An ihrer Vermehrung wurde ununterbrochen weitergearbeitet. Doch konnte das Versäumte nur bis zu einem Teil nachgeholt werden, da es schliesslich an Baustoffen mangelte.

Diese kritische Bilanz kann aber keineswegs die tatsächlichen Leistungen des deutschen zivilen Luftschutzes während des Zweiten Weltkrieges verkleinern. Es liegen genügend Beispiele vor, die einwandfrei seinen Wert beweisen. In den Städten waren die Personenverluste ungeheuerlich, in denen ungenügende Schutzmöglichkeiten bestanden. So in Hamburg, wo sich für die Altstadt keine Schutzmöglichkeiten ergaben, oder in Dresden, wo solche aus Sorglosigkeit nicht ernsthaft genug betrieben worden waren. Auch Städte wie Pforzheim und Heilbronn hatten nicht ernsthaft mit so schwerer Luftgefahr gerechnet. Demgegenüber beweisen wohlvorbereitete Städte wie Bremen oder Mannheim und viele andere den Wert solcher Schutzvorkehrungen. Bremen wurde 173mal angegriffen. Der Gesamtverlust an Toten betrug 0,8 Prozent. Mannheim gehörte ebenfalls zu den am meisten angegriffenen Städten. Es wurde zu 50 Prozent zerstört, aber seine Personenverluste betrugen nur 0,7 des ursprünglichen Einwohnerbestandes.

Sehr beachtlich ist, dass das Verhältnis zwischen materiellem Schaden und Personenverlust sich ständig zugunsten des Personenverlustes änderte. Kamen anfangs auf ein zerstörtes Haus etwa drei Luftkriegstote, so später auf zwei zerstörte Häuser ein Toter. Aehnlich verhält es sich bei einer Gegenüberstellung vom Bombenlast zu Personenverlust. Ursprünglich wurden von je zehn Tonnen abgeworfener Bomben acht Personen getötet, 1944 nur noch drei Personen. Der Bericht einer amerikanischen Studienkommission über

die Wirkungen des Bombenkrieges gegen Deutschland kommt zu dem Schluss, dass ohne die getroffenen Luftschutzmassnahmen die Verluste sich auf das Zwanzigfache hätten vermehren können. So blieben sie bei etwa 1 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die bisherigen Ausführungen haben aber auch erkennen lassen, dass der zivile Luftschutz nur einen Teil der notwendigen zivilen Vorbereitungen umfasst. Ihm folgen als weitere Stadien die Aufräumung im grössten Stile und die Wiederingangbringung der wichtigsten Lebensgrundlagen der Bevölkerung, wie Verkehr und Versorgung mit Wasser, Strom und Lebensmitteln. Zwei Aufgabengebiete, die unmittelbar anschliessend einsetzen müssen und andere Planungen und Kräfte erfordern.

Und schliesslich hat das Beispiel des Bombenkrieges über Deutschland gezeigt, dass der zivile Luftschutz zwar den Widerstandswillen der Bevölkerung aufrecht zu erhalten vermochte, aber den inneren Zusammenbruch nicht verhüten konnte. Er trat ein, als der Kreislauf des Verkehrs und der Versorgung unterbrochen war und zum Stillstand kam.

So schält sich als letzte Erfahrung heraus, dass der zivile Bevölkerungsschutz im herkömmlichen Sinne nur ein Teil, wenn auch ein grundlegender, einer viel umfassenderen zivilen Verteidigung ist.

III.

Die Lehren für eine künftige Zivilverteidigung

Die Beantwortung der Frage, welche Lehren für eine künftige Zivilverteidigung zu ziehen sind, erfordert die Klärung von zwei Vorfragen. Und zwar einmal der Frage, welche Aufgaben einer künftigen Zivilverteidigung zu stellen sind, und sodann, welchen Einfluss die inzwischen eingetretene technische Waffenentwicklung auf die Durchführungsmöglichkeit ausüben wird.

Die Beantwortung der ersten Vorfrage hat sich bis zu einem gewissen Grade bereits aus dem Vorgesagten ergeben. Ein ziviler Bevölkerungsschutz im bisherigen landläufigen Sinne allein genügt nicht. Es müssen umfassendere und weitgehendere Vorsorgemassnahmen hinzutreten. In meinem Buche «Strategie der zivilen Verteidigung» habe ich *die Aufgaben einer zivilen Verteidigung* wie folgt umrissen:

— Unmittelbarer Schutz für die Zivilbevölkerung und der im Kriegsfall aufrechtzuerhaltenden Betriebe;
— Vorsorge für das Weiterlaufen von Verkehr und Transport sowie für die Weiterbelieferung mit Elektrizität, Gas und Wasser in dem mindesterforderlichen Umfange;
— Gesamtplan für die Deckung des Kriegsbedarfes der Front wie für die Erzeugung der wichtigsten Konsumgüter der Zivilbevölkerung;
— Heranziehung aller Verfügbaren Kräfte und Mittel zur Bekämpfung, Begrenzung und Wiederbelebung von Großschadenstellen;
— Vorsorgemassnahmen zur Lenkung, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlings- und Obdachlosen-Bewegungen.

Diese Forderungen sind für den Fall eines Atomkrieges sehr hochgespannt. Wenn die militärische Kriegführung aber noch ihre Grundlage behalten und ihren Zweck erfüllen soll, muss ihre Erfüllung mit allen Kräften angestrebt werden. Es kann sein, dass sie im Ganzen nicht mehr erfüllt werden können, sondern nur in Teilen. Das verlangt in allem eine dezentralisierte Führung und Durchführung, um wenigstens in Teilen lebensfähig und kampffähig zu bleiben, wobei der Zusammenschluss zum Ganzen immer wieder anzustreben bleibt.

Und nun zur zweiten Vorfrage. Während die dargestellten Erfahrungen für einen Krieg mit herkömmlichen Waffen ihre volle Geltung behalten würden, werden sie bei einer Anwendung von Atomwaffen und Raketen einer neuen Prüfung unterzogen werden müssen. Die Wirkungsweise der Atomwaffe bringt für Schutzmassnahmen und Hilfeleistungen zweifelsohne wesentliche Erschwerungen hinzu.

Die Wirkung der Atomwaffen verlangt wegen ihrer gleichzeitigen Mehrfachwirkung eine diese berücksichtigende konstruktive Gestaltung der baulichen Schutzmassnahmen. Um nur einige zu erwähnen: Der Schutzraum muss einen in sich geschlossenen biegesteifen Baukörper darstellen, um die Versetzungen bei den sich ergebenden Erdbewegungen auszuhalten. Neben Betondecken und -wänden in genügender Stärke müssen Aus- und Eingänge gegen Luftdruck wie Strahlungswirkung besonders gesichert sein. Die Einrichtung der Schutzräume, insbesondere der Belüftung und Ausstattung mit Lebensmittelvorräten muss der Möglichkeit Rechnung tragen, dass die Insassen Tage in diesen Räumen zubringen können.

Hinsichtlich der Hilfeleistung muss die Möglichkeit einer weitgehenden Verseuchung des Geländes mit hochradioaktiven Stoffen berücksichtigt werden. Ferner muss mit einem noch weit grösseren Trümmeranfall gerechnet werden. Es ergibt sich daraus, dass die Hilfeleistungen in einem solchen Falle von weit auswärts angesetzt werden müssen, und dass diese erst mit Abklingen der Radioaktivität zum Zuge kommen können. Ob dann noch Aussicht auf Brandbekämpfung gegeben sein wird, dürfte fraglich sein. Bestimmt wird es eine Riesenarbeit bedeuten, die trümmerbedeckten Zugangsstrassen zu dem Katastrophengebiet erst einmal soweit freizumachen, dass die in den Schutzräumen Ueberlebenden auf Fahrzeugen heraustransportiert werden können. Manche Rettungsaktion wird sich möglicherweise nur von der Luft aus, also mit Hubschrauber durchführen lassen. Es bleibt auch zu erwägen, die verschiedenen Sparten der Hilfsdienste nicht nur für ihre Sparte, sondern auch für eine sachgemässe Mitwirkung bei den anderen Sparten auszubilden.

Gegenüber diesen hier nur angedeuteten besonderen Schwierigkeiten des Schutzes und der Hilfe bei Atomangriffen gibt es nur den Trost, dass diese Waffen nur gegen besonders wichtige Ziele zur Anwendung kommen werden. Man wird also diese Massnahmen nicht zu verallgemeinern brauchen, sondern nur

dort in Betracht ziehen müssen, wo eine «Atomwürdigkeit» des Zieles vorhanden ist.

Geht man zu einer Prüfung über, welche Bedeutung die Raketenwaffe für die zivile Verteidigung voraussichtlich haben wird, so liegt diese wohl in erster Linie darin, dass ballistische Raketen kaum vorher durch Radar auszumachen sind und die an sich schon kurze Warnfrist damit auf ein Minimum zusammenschrumpft. Mit Ueberraschungen ist in solchem Falle zu rechnen. Alle technischen Möglichkeiten, solche Angriffe frühzeitig zu erkennen, sollten deshalb voll ausgeschöpft werden. Auch sollte die Bevölkerung im Gebrauch behelfsmässiger Schutzmöglichkeiten unterwiesen werden.

Es ist aber weiter zu bedenken, dass mittels nicht abwehrbarer ballistischer Raketen ein ständiges Störungsfeuer auf kriegswichtige Schlüsselpunkte durchgeführt werden kann. Diese Ueberlegung zwingt zur Vorsorge für Ausweichmöglichkeiten, Dezentralisierung oder gar Beweglichmachung von Einrichtungen, deren Funktionsfähigkeit nicht entbehrt werden kann. Hier wäre beispielsweise an dezentralisierte Auslademöglichkeiten für Bahn- und Schiffsverkehr, an die Unterteilung und Auflockerung grosser Ausbesserungswerke und Instandsetzungswerkstätten sowie an bewegliche Erzeuger bzw. Verteileranlagen für Strom- und Wasserversorgung wie fahrbare Fernmeldestationen zu denken. Derartige Hilfseinrichtungen werden sich auch in jedem Grosskatastrophenfalle nützlich erweisen. Man stelle der neuzeitlichen Technik nur solche Aufgaben und sie wird sie lösen.

Nach Klärung dieser Vorfragen wird man jetzt an die konkrete Beantwortung der Frage, welche Lehren für die künftige Zivilverteidigung zu ziehen sind, herangehen können. Die Beantwortung ist zugleich eine Zusammenfassung der im einzelnen vorher angeführten Erfahrungen, zu denen noch eigene Erwägungen treten.

Die zu lösenden Probleme

Den Vorschlägen über die Lösung der verschiedenartigen Probleme, die eine neuzeitliche zivile Verteidigung stellt, seien einige Leitsätze vorangestellt, in denen sich meine grundsätzliche Auffassung zu diesen Problemen widerspiegelt.

Erster Leitsatz: Zivile Verteidigung ist die im Frieden planmässig vorbereitete und im Kriegsfall einheitlich durchgeführte Selbsthilfe eines Volkes.

Begründung: Es wird jeder einzelne im Kriegsfalle betroffen, muss sich schützen und sich und den anderen nach Massgabe seiner Möglichkeiten helfen, wenn er weiterleben will.

Zweiter Leitsatz: Zivile Verteidigung ist ein Teil der Gesamtverteidigung und kann deshalb nur wirksam in engster Verbindung mit den beiden anderen Teilen der Gesamtverteidigung, nämlich der militärischen Verteidigung und der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge durchgeführt werden.

Begründung: Ohne gegenseitige Abgrenzung sind ständige Ueberschneidungen gegeben. Ausserdem ist die gegenseitige Ergänzung notwendig.

Dritter Leitsatz: Zivile Verteidigung umfasst den Bevölkerungsschutz und die Aufrechterhaltung der Lebensgrundlagen der Nation und der Kampfkraft der Front.

Begründung: dürfte sich nach den vorausgegangenen Ausführungen erübrigen.

Das Führungsproblem

Hierbei stösst man auf die Schwierigkeit, dass alle Teile des Volkes berührt sind und es somit schwierig wird, eine bereits vorhandene einheitliche Instanz anzugeben. Die einfach erscheinende militärische Unterstellung erscheint nicht als eine gute Lösung, da die Hauptdurchführung bei zivilen Stellen liegt und ausserdem die militärische Führung zu stark durch diese Aufgaben belastet würde. So bleibt als die bestenscheinende Lösung, die einheitliche Leitung in die Hand eines Zentralausschusses zu legen, in dem die bevollmächtigten Vertreter aller an der Zivilverteidigung beteiligten Zentralinstanzen vertreten sind. Dieser zentrale Ausschuss sollte von einer besonders dafür bestimmten starken Persönlichkeit geleitet werden, die mit den zivilen wie militärischen Belangen gleichermassen vertraut ist.

Dieser Führungsausschuss tritt im Frieden nur fallweise für grundsätzliche Entscheidungen und Planungsarbeit zusammen. Mit Kriegsausbruch bildet er die permanente oberste Leitung, die für die Gesamtdurchführung der Aufgaben der zivilen Verteidigung verantwortlich ist.

Dieser Führungsausschuss sollte seine Vollmachten regional auf gleichartige Ausschüsse untergliedern, so dass Zivilverteidigungs-Regionen entstehen, die in sich auch selbständig handeln können. Der notwendige Ausgleich und die Schwerpunktverlagerung wird vom Zentralausschuss bestimmt.

Die Probleme des Bevölkerungsschutzes umfassen die Vorbereitung und Durchführung eines Alarmdienstes ohne zeitlichen Verzug, wozu die heutige Technik die Möglichkeit bietet, die Vorsorge für ausreichende bauliche Schutzmöglichkeiten für die gesamte Zivilbevölkerung, den Schutz kriegs- und lebenswichtiger Betriebe und einer in Erster Hilfe und Feuerbekämpfung ausgebildeten und ausgerüsteten Selbsthilfe und öffentlicher Hilfe. Für die sachgemässe Durchführung dieser Aufgaben wird die innere Verwaltung im Rahmen der Zentralführung die besondere Verantwortung zu tragen haben. Eine entsprechende regionale Untergliederung, die zunächst in ihrem Bereich selbständig wirksam wird, ist gleichfalls geboten.

Ueber die Durchführung dieser Aufgaben ist bereits in den vorausgegangenen Ausführungen so viel gesagt worden, dass nur noch einmal das Allerwichtigste hervorgehoben werden soll.

Ohne baulichen Schutz ist kein ziviler Bevölkerungsschutz möglich. Die Schutzmöglichkeiten müssen schnell erreichbar sein. In Gebirgsgegenden ist die geologische Beschaffenheit weitgehend für Stollen- und Tunnelbau auszunutzen. Bei Kollektiv-Schutzanlagen liegt die Gefahr einer Ballung an den Eingängen bei kurzfristiger Warnzeit. Viele möglichst ge-

dekte Zufluchtswege müssen daher gegeben sein. Bauliche Anlagen sind am kostspieligsten, können aber oft auch Friedenszwecken dienstbar gemacht werden. Insbesondere kann vielenorts die Sanierung von Verkehrsnotständen damit verbunden werden.

Baulicher Schutz und Geländetarnung sind besonders auch für lebens- und kriegswichtige Betriebe vorzusehen. Nach Möglichkeit ist die geschützte Unterbringung der Gesamtbelegschaft nahe beim Betrieb vorzusehen, desgleichen ihre Verpflegung, so wie eine Schiffsmannschaft auf dem Schiff. Dadurch werden die gefährdeten An- und Abmarschwege bei Schichtwechsel vermieden, und es kann bei Eintritt von Schäden mit voller Belegschaft gearbeitet werden.

Die Selbsthilfe ist die erste wichtige Widerstandslinie. Den physischen und psychischen Anstrengungen ist aber nur ein Teil der Bevölkerung gewachsen. Rechtzeitige Herausbildung von Selbstschutz-Stosstrupps ist daher empfehlenswert.

Einheiten der öffentlichen Hilfe, Befehlsstellen und Rettungsstellen sind an die Peripherie zu verlegen. Dabei werden die örtlichen Kräfte kaum ausreichen. Die überörtliche Hilfe, sowohl in der Bekämpfung der Gefahren wie aber auch auf dem Gebiet des überörtlichen Betreuungsdienstes, ist deshalb vorzubereiten. Den neuzeitlichen Führungsmitteln UKW-Gerät und Hubschrauber kommt besondere Bedeutung zu.

Altstadtteile, die besonders brandempfindlich sind, sollten geräumt und die Bewohner in die nähere Umgegend umquartiert werden.

Letztes Problem: *Zusammenarbeit zwischen ziviler und militärischer Verteidigung.*

Ohne diese Zusammenarbeit geht es nicht, da sich beide ergänzen müssen. Es ist nicht nur psychologisch wichtig, dass disziplinierte Einheiten im Strudel chaotischer Zustände den festen Kern bilden; die Aufrechterhaltung der Lebensgrundlagen der Nation bedeutet zugleich die Sicherung der Operationsfreiheit für die kämpfende Front. Verkehr, Transport, Kriegsproduktion, Elektrizität, Wasser und Fernmeldedienst müssen im beiderseitigen Interesse weiterlaufen. Hier gibt es nur eine Gemeinsamkeit.

Wie kann also die militärische Seite der zivilen helfen?

Einmal durch Bereitstellung speziell ausgebildeter und ausgerüsteter Einheiten für die Katastrophenbekämpfung und den Rettungsdienst. Diese Einheiten, motorisiert, sind die Träger des überörtlichen Schwerpunkteinsatzes nach Luftangriffen. Sie müssen so disloziert sein, dass sie nicht selbst betroffen werden, aber schnell an den vermutlich meistgefährdeten Gebieten zur Stelle sind.

An der Grossaufräumung nach schweren Luftangriffen und dem Transport- und Verpflegungsdienst für Obdachlose und Verletzte sollten sich alle verfügbaren militärischen Einheiten der Umgegend beteiligen.

Ein besonderes Kapitel bildet die rasche Instandsetzung von Verkehr und lebens- bzw. kriegswichtigen Anlagen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass eine technische Spezialtruppe, die sich aus Angehörigen aller einschlägigen technischen Berufe zusammensetzt, also Berufseinheiten und keine Pioniertruppe, das eigentliche technische Rückgrat dafür gebildet hat und voraussichtlich auch allein bilden würde. In Deutschland war die «Technische Truppe» zu diesem Zwecke als besondere Waffengattung aufgestellt worden.

Die Schaffung einer solchen technischen Miliz erscheint als unentbehrlich. Ob sie im zivilen Rahmen vorbereitet wird, durch Bildung von Techniker- und Handwerkerorganisationen oder in fester militärischer Zusammenfassung als technische zweite Staffel der Luftschutztruppen, mag dahingestellt sein. Der Verfasser gibt auf Grund seiner Erfahrungen der zweiten Lösung den Vorzug, denn im Chaos vermag nur eine straff geführte und auf sich selbst gestellte Einheit rasch und wirksam zu funktionieren. Dabei bleibt zu beachten, dass die Verantwortung den zuständigen zivilen Stellen nicht aus der Hand genommen werden soll. Die militärische Einheit übernimmt lediglich klar festgelegte Aufgaben in ihre Verantwortung.

Die Bedeutung solcher Unterstützung, insbesondere auf dem Verkehrssektor, liegt klar auf der Hand. Sie ist für die militärische Seite ebenso wichtig wie für die zivile.

Es ist in letzter Zeit oft genug darauf hingewiesen worden, dass die Erhaltung von Frieden und Freiheit hohe Mittel und grosse Mühe kosten. Dem aber steht gegenüber, dass eine lückenlose Gesamtverteidigung zugleich die beste Vorbeugung gegen einen Angriff darstellt. Sollte er dennoch hereinbrechen, so wird eine solche Verteidigung der Bevölkerung viele sonst unvermeidbare Blutopfer ersparen und die Widerstandskraft der Nation wesentlich stützen. In jedem Falle also hätten sich Mittel und Mühen gelohnt.

Literatur

Zeitschrift «Wirtschaft und Statistik», Heft 10 des Jahrganges 1956, mit den Angaben des Oberregierungsrates Sperling über die deutschen Bevölkerungsverluste im Zweiten Weltkriege.

«Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945». Verlag Duncker & Humblot, Berlin.

«Die Polizei im Einsatz während des Krieges 1939/45». Von Dr. Lankenau, Verlag Hauschild, Bremen.

«Geschichte des Luftkrieges». Von Georg Feuchter, Athenäum-Verlag, Bonn.

«Im Spannungsfeld der Luftmächte». Von E. Hampe, Maximilian-Verlag Köln.

«Strategie der zivilen Verteidigung». Von E. Hampe, Verlag Eisenschmidt, Frankfurt am Main.